

THURGAUER FREISINN

Gemeinsam weiterkommen.

7. Januar 2020
Mitgliederversammlung
FDP TG
Weinfelden



Thurgau: Es geht um viel

Am 9. Februar 2020 wird über die Änderung des Gesetzes über die Staats- und Gemeindesteuern abgestimmt. Gut einen Monat später gehen die Kantonsratswahlen über die Bühne. Ebenfalls in dieser Ausgabe: Rückblick auf die Nationalratswahlen, Berichte über einen strahlenden Kultur-Leuchtturm, einen innovativen Thurgauer Betrieb mit langer Tradition, die glanzvolle Wahl von Matthias Kradolfer zum Oberrichter und Neues aus den Ortsparteien.

Seiten 3 bis 11

Die Baustellen anpacken

Das Wahlergebnis am 20. Oktober hat das Engagement unserer Basis leider nicht belohnt. Parteipräsidentin Petra Gössi nimmt Stellung und zieht Schlüsse für die Zukunft.

Seite 12

Der Staat als Preistreiber beim Wohnen

Ziel der Volksinitiative für «mehr bezahlbare Wohnungen» ist erschwinglicher Wohnraum. Mit massiven Markteingriffen würde aber genau das Gegenteil erreicht, erklärt Daniela Schneeberger.

Seite 19



Kantonsratswahlen 2020

Jetzt erst recht!

Liebe Freisinnige

Schon vier Tage nach den Nationalratswahlen nominierte die Bezirkspartei Frauenfeld-Untersee ihre Kandidatinnen und Kandidaten für die Grossratswahlen im März 2020. Neben den Bisherigen konnte wieder eine unglaubliche Zahl von engagierten Liberalen für diese Aufgabe gewonnen werden. Auch in den anderen Bezirken sind wir auf sehr gutem Weg. Denn jetzt gilt's erst recht! Grossen Dank an alle, die weiterhin für die liberale Sache kämpfen und sich dafür öffentlich exponieren.

Kantonale Wahlen sind eine andere Geschichte als Nationalratswahlen. Wir haben gute Chancen,

unsere Sitze zu verteidigen und eventuell noch den einen oder anderen dazuzugewinnen. Zudem wollen wir unserem Regierungsrat Walter Schönholzer eine gute Wiederwahl sichern. Die FDP macht im Grossen Rat wirkungsvolle bürgerliche und wirtschaftsfreundliche Politik. Die Fraktion setzt sich für zukunftsweisende Lösungen ein und wählt ihre Partner bewusst nach Thematik und nicht nach Ideologie. Stellen wir sicher, dass auch weiterhin viele pragmatische und lösungsorientierte Stimmen im Grossen Rat vertreten sind – damit wir gemeinsam weiterkommen!

Ihr David H. Bon

Inhalt

- 3–11 Thurgauer Freisinn
- 12 Petra Gössi Rückblick auf die Wahlen 2019
- 13 Beat Walti blickt auf die nächste Legislatur
- 14 Legislaturrückblick des Generalsekretärs
- 15 Andrea Caroni: Vorwärtsstrategie Wirtschaft
- 16 Damian Müller: Leistungsbilanz Umweltpolitik
- 17 Aufruf zur Unternehmens-Verantwortungs-Initiative
- 18 Christa Markwalder zur Kündigungsinitiative
- 19 Daniela Schneeberger über «Mehr bezahlbare Wohnungen»
- 20 Die Neugewählten
- 23 stellen sich vor

Kantonalteil:

Redaktion Thurgauer Freisinn
Bahnhofstrasse 8 | 8594 Güttingen
T: 071 672 17 20 | E: info@fdp-tg.ch | www.fdp-tg.ch

Redaktionsleitung:

Marie-Theres Brühwiler

Redaktionsteam:

Peter Fehr, Roli Löw, Peter Mesmer, Sabir Semsî, Hans Weber

Anzeigen:

Verlag «Regi die Neue» | Peter Mesmer
T: 079 427 09 76 | E: p.mesmer@regidieneue.ch

Layout und Druck:

NZZ Media Services AG | T: 071 272 72 06



Liebe Freisinnige

Vieles haben wir in den letzten Monaten richtig gemacht: Unsere Mitglieder und freiwilligen Helferinnen und Helfer haben ein enormes Engagement an den Tag gelegt, das mich zutiefst beeindruckt hat. Leider wurde der grosse Einsatz unserer Basis aber schlecht belohnt – letztlich hat uns der «grüne Tsunami» am 20. Oktober nicht verschont. Jetzt nehmen wir uns die Zeit für eine fundierte Analyse. Einen ersten Rückblick auf den Wahlkampf finden Sie in diesem «Freisinn».

Als Partei des Fortschritts schauen wir aber vor allem nach vorne: Ich freue mich zum Beispiel sehr, einige neue Gesichter in der FDP-Liberalen Fraktion begrüssen zu dürfen! In dieser Ausgabe stellen sich die neuen Nationalrätinnen und Nationalräte gleich selber vor.

Ständerats-Wahlkampf

Diesen November steigen in verschiedenen Kantonen die zweiten Wahlgänge für die noch offenen Ständeratssitze. Jetzt zählen noch einmal der Wille und das Engagement aller Wahlkämpferinnen und Wahlkämpfer in den Kantonen. Ich werde unsere Kandidierenden für den Ständerat persönlich unterstützen und wünsche ihnen viel Kraft und Erfolg.

Liberaler Lösungen in allen Themen

Liebe Freisinnige, die FDP ist die Partei der Chancen. Um diese Chancen der Zukunft packen zu können, brauchen wir in allen Themen starke liberale

Lösungen, die wir zusammen erarbeiten. Das hat sich dieses Jahr einmal mehr klar gezeigt. Wir werden unsere Basis stärker einbeziehen. Wie wir bei der Umsetzung unserer freisinnigen Position in der Umwelt- und Klimapolitik unterwegs sind, zeigen wir Ihnen in dieser Ausgabe auf. Zudem präsentieren wir klare Forderungen, um den Wirtschaftsstandort Schweiz zu stärken. Denn die Konjunktur schwächelt, unser Land braucht dringend eine Vorwärtsstrategie.

Gehen wir gemeinsam weiter

Vorwärtsgen wollen wir auch bei der Altersvorsorge, den Gesundheitskosten oder den Bilateralen. Zudem müssen bereits die nächsten schädlichen Initiativen abgewehrt werden, darunter insbesondere die Kündigungsinitiative. Ich bin fest entschlossen, diese Herausforderungen gemeinsam mit Ihnen anzugehen. Die Schweiz braucht jetzt mehr denn je einen starken, lösungsorientierten liberalen Pol. Gehen wir diesen Weg gemeinsam. Gemeinsam kommen wir weiter.

Viel Vergnügen mit der Lektüre wünscht

Ihre Petra Gössi
Präsidentin FDP.Die Liberalen Schweiz



Chance Steuerreform

Es geht um viel!

Am 9. Februar 2020 stimmen wir im Kanton Thurgau über die Änderung des Gesetzes über die Staats- und Gemeindesteuern ab. Gegen die Vorlage wurde das Ratsreferendum ergriffen. Für die beiden freisinnigen Kommissionsmitglieder Brigitte Kaufmann und Kristiane Vietze geht es bei dieser Abstimmung weit mehr als nur um eine Anpassung des Steuersatzes für Thurgauer Unternehmen.

Wie «sexy» ist es eigentlich für junge, gut ausgebildete Menschen, im Thurgau zu arbeiten? Gibt es genügend attraktive und innovative Arbeitsplätze? Was können wir tun, um den «brain drain» in unsere Nachbarkantone zu stoppen? Diese Fragen sind nach Auffassung von Kantonsrätin Brigitte Kaufmann nicht einfach rhetorisch gemeint. Ein gutes Unternehmersteuergesetz kann sehr wohl ein Instrument einer zukunftsgerichteten und für unsere Kinder nachhaltigen Politik sein. Wurde dieses Ziel erreicht? «Teils, teils», meint die freisinnige Vertreterin aus Uttwil, mit der Reduktion des Steuersatzes für juristische Personen von 4,0 auf 2,5 Prozent falle man im interkantonalen Ranking von Platz 9 auf Platz 12 zurück, und bei der Privilegierung von Forschung und Entwicklung hätte man

sich aus liberaler Sicht das Maximum von 150 statt nur 130 Prozent vorstellen können.

Um der Menschen willen

Trotzdem sprechen die beiden Kommissionsmitglieder von einem ausgewogenen Paket. In der Debatte im Grossen Rat und bereits in der vorberatenden Kommission war die Höhe des Steuersatzes umstritten. Die FDP hätte einen Satz von 2,0 begrüsst. «Ein möglichst steuerfreundliches Umfeld ist eine wichtige Chance für unseren Kanton und betrifft dessen Attraktivität direkt. Die Steuerbelastung ist ein wesentlicher Standortfaktor. Jedes Unternehmen steht in einem Wettbewerb und muss profitabel sein, um investieren zu können. Es genügt nicht, die Unternehmen einfach hier zu halten,

Brigitte Kaufmann und Kristiane Vietze haben die nun vorliegende Fassung entscheidend mitgeprägt.

Direkt informieren und mitentscheiden

An der Mitgliederversammlung vom 7. Januar 2020 in Weinfelden steht die Revision der kantonalen Steuergesetzgebung im Mittelpunkt (inklusive Parolenfassung).

wir müssen mittelfristig auch neue Arbeitsplätze schaffen können», betont die freisinnige Unternehmerin und Kantonsrätin Kristiane Vietze aus Frauenfeld. In der Debatte um die Höhe des Steuerfusses sind natürlich auch die kurzfristigen Ausfälle für die Gemeinden ein Thema. Anders Stokholm, Stadtpräsident Frauenfeld und Fraktionschef, bringt es auf den Punkt: «Der Wirtschaftsstandort generiert ja nicht nur juristisches, sondern dank der Arbeitsplätze auch natürliches Steuersubstrat. Und dieser Wirtschaftsstandort ist unter starkem Druck: Industrie, Handel und Gewerbe kämpfen mit einem starken Franken, mit dem zunehmenden Protektionismus von USA und China, mit dem Einkaufstourismus, dem Fachkräftemangel usw. Der Wirtschaftsstandort Thurgau braucht unsere Unterstützung, nicht um der Wirtschaft willen, sondern wegen der Arbeitsplätze, und das heisst letztlich um der Menschen im Thurgau willen.»

Ein Ja am 9. Februar 2020

In der Schlussabstimmung im Grossen Rat wurde die Vorlage deutlich mit 78 zu 38 Stimmen angenommen. Die SVP-Fraktion hat das Ratsreferendum unterstützt und damit die Volksabstimmung bewirkt. Die FDP-Fraktion war gegen das Ratsreferendum. Es ist der verfassungsmässige Auftrag des Parlamentes, Gesetze zu beraten und zu verabschieden. In der Volksabstimmung setzt sich die FDP-Fraktion nun mit voller Kraft für die Vorlage ein. Es geht um viel. Bei einem Scheitern, so Brigitte Kaufmann und Kristiane Vietze, müsse davon ausgegangen werden, dass elementare Teile der Vorlage, wie zum Beispiel die unveränderte Teildividendenbesteuerung, eine zweite Debatte im Grossen Rat nicht überstehen würden. Unterstützen Sie deshalb die FDP engagiert im Abstimmungskampf für eine ausgewogene Steuerreform im Thurgau!

FDP.Die Liberalen Thurgau

Das Bestmögliche für den Thurgau

Auf Seite 8 finden Sie alle wichtigen Argumente übersichtlich zusammengefasst.



Gemeinsam weiterkommen

Jetzt erst recht!

Liebe Freisinnige

Nationalrat Hansjörg Brunner und allen Kandidatinnen und Kandidaten, speziell auch allen Familien, Freunden, Personen im Hintergrund, danke ich für den grossen persönlichen Einsatz. Das Gesamtergebnis ist bitter, trotz teils sehr beachtlicher individueller Erfolge. Die freisinnige Familie wuchs in diesem Wahlkampf aber auch zusammen und kämpfte als breite Bewegung, welche mit innerer Überzeugung zu ihren Werten steht. Dies wird die Basis für zukünftige Erfolge sein.

Glanzresultat für Hansjörg Brunner

Unser Spitzenkandidat Hansjörg Brunner erreichte ein Allzeit-Topresultat mit 12904 Stimmen! Dazu gratulieren wir ihm ganz herzlich! Umso mehr schmerzt es, dass es nicht gereicht hat, den Sitz zu halten. Zwar haben wir signifikant Stimmen verloren, sind aber immer noch im Bereich der Jahre 2007 (11,2 Prozent), als mit der SVP-Listenverbindung der Sitz gehalten wurde, und 2011 (11,7 Prozent), in denen wir den Sitz alleine verloren, aber mit einer SVP-Listenverbindung gemacht hatten.

An der Listenverbindung gescheitert

Bei den jüngsten Wahlen fehlten uns konkret 3327 Stimmen für einen weiteren Sitz mit der SVP-Verbindung. In allen Berechnungen war dies das absolute Worst-Case-Szenario, was nun leider unerwarteterweise eintraf. Gemäss ersten Wahlanalysen gingen aufgrund des Megatrends Klimawandel sehr viele Neuwählende an die Urnen. Zudem blieben verschiedene Wählergruppen der Urne

fern. Verschiedentlich war die Stimmbeteiligung sehr tief. Die FDP hat wiederum sehr viel panschiert und so wichtige Listenstimmen verloren. Die FDP suchte den Kontakt zu anderen Mitteparteien schon im Juni 2018 und forcierte eine Listenverbindung mit CVP, EVP und BDP, allenfalls GLP. Eine solche hätte unseren Sitz in jedem, also auch dem aktuellen Fall gesichert. Diese Verbindung kam schliesslich aufgrund eines ablehnenden Entscheides der CVP nicht zustande, und die GLP verabschiedete sich zur Linken.

Generationenwechsel auf gutem Weg

Die FDP Thurgau befindet sich in einem Generationenwechsel. Es gilt, FDP-Politikerinnen und -Politiker aufzubauen, die in der öffentlichen Gesellschaft verankert und der Bevölkerung vertraut sind. Die Nationalratswahlen 2019 waren deshalb auch geprägt von dieser Aufbau- und Grundlagenarbeit für unsere Partei. Und diese ist uns nachweislich gelungen. Unser Kandidatenfeld war ausgezeichnet besetzt mit Frauen und Männern mit Leistungsausweis und Potenzial! 2015 hatten wir im Vergleich zu den Vorjahren eine ausserordentlich stark besetzte Liste und grosse individuelle Wahlkämpfe für einen «vakanten» Sitz. Zudem war die FDP schweizweit im Aufwind. Das sicherte uns eine sehr hohe Gesamtstimmzahl (13 Prozent) beziehungsweise einen starken Stimmenzuwachs. Die Listenverbindung mit der CVP tat das Übrige. Viele der damals Kandidierenden mit grosser Stimmzahl waren aber auf dem Zenit ihrer politischen Karriere und zogen sich nach den Wahlen zurück. Zudem waren weitere Rücktritte aus dem Kantonsrat und verschie-

Danke, lieber Hansjörg

Für deinen hervorragenden Einsatz für den Thurgau, die Wirtschaft, das Gewerbe, für uns alle. Dein Schaffen ist grossartig, verbindend und motivierend.

Die fast 13 000 Stimmen sind Ausdruck für deine sympathische und so zielführende Art zu politisieren. Alles Gute für die Zukunft.

denen Ämtern zu verzeichnen. Dieses Vakuum wieder zu füllen, war und ist anspruchsvoll und bleibt unsere Kernaufgabe für die kommenden Jahre.

Lernen für die Zukunft

Die Parteileitung wird die Situation intensiv analysieren, beraten und die Weichen für die Zukunft stellen. Es gibt viele offene Fragen, die zu klären sind: Weshalb kam es zum Stimmenverlust? Wie kann man unsere Botschaften besser vermitteln und unser Wählerpotenzial besser ausschöpfen?

In die Öffentlichkeit zu treten, braucht Mut, Engagement, Ausdauer und Durchhaltewillen. Dazu benötigen alle Amtsträgerinnen und Amtsträger, Kandidatinnen und Kandidaten auch weiterhin unsere Unterstützung, auch als liberale Freunde, die in guten wie in schlechten Zeiten zueinanderstehen. Es ist beeindruckend, wie viel Kampfgeist und Einsatzbereitschaft ich zurzeit in der Partei, speziell auch von der neuen Generation, spüre, trotz des herben Rückschlags. So war auch die gute und freundschaftliche Stimmung am Wahlhock – trotz aller Enttäuschung – ein deutliches Zeichen für den Zusammenhalt unter den Freisinnigen. Es gilt, Kraft zu schöpfen und dranzubleiben, denn die nächste grosse Prüfung steht mit den Regierungsrats- und Grossratswahlen vor der Tür. Wir haben das Potenzial, um dort erfolgreich zu sein. Dazu müssen wir unabhängig von internen Diskussionen geschlossen auftreten. Bleiben wir dran und zeigen der Konkurrenz, dass weiterhin mit einem starken Freisinn zu rechnen ist!

David H. Bon, 22. Oktober 2019

Sie sind herzlich eingeladen

Möchten Sie an der Zukunft der FDP TG aktiv mitarbeiten? Wir werden unser Profil in den nächsten Monaten schärfen und die Basis in die Diskussionen einbinden. Über das genaue Vorgehen werden wir via Mail informieren. Schon jetzt sind Sie eingeladen, uns Ihre Einschätzungen mitzuteilen, schriftlich oder im direkten Gespräch! info@fdp-tg.ch.



Bilder: mtb



Strahlender Kultur-Leuchtturm

Presswerk Arbon

Altersmässig steckt das umfassend renovierte und neu ausgerichtete Presswerk noch in den Kinderschuhen. Punkto Ausstrahlung und Erfolg sprengt der Leuchtturm in der Ostschweizer Kulturszene jedoch bereits jetzt die kühnsten Erwartungen. Die Erfolgsgeschichte der Arboner Kulturhalle ist eng mit den Begriffen «Eigenverantwortung», «Eigeninitiative», «Leidenschaft» und «Gemeinsinn» verbunden. Drahtzieher sind die beiden Freisinnigen Daniel Eugster und Cyrill Stadler.

Das Presswerk Arbon zeigt eindrücklich, was mit einer Vision, grosser Leidenschaft, liberalem Denken, einer grossen Portion Gemeinsinn, Mut und Macherqualitäten innert kurzer Zeit möglich ist. «Wenn ich zurückdenke, bekomme ich Gänsehaut. Das Presswerk hat im wahrsten Sinne wie eine Bombe eingeschlagen», freut sich Daniel Eugster. Nun gelte es, nicht abzuheben und weiter an der Zukunft zu arbeiten. «Wir wollen unsere Strukturen weiter verbessern und das Presswerk als Leuchtturm etablieren», erklärt Mitinitiant Cyrill Stadler.

Eine Anfrage hat alles ausgelöst

Angefangen hat alles mit einer Anfrage der Musikschule, welche eine räumliche Veränderung suchte. «Schnell bildeten wir ein kleines, schlagkräftiges Team mit erfahrenen Leuten aus den Bereichen Finanzen, Bau, Recht, Kultur, Musikschule, Events und Gastronomie. Unsere Vision: «Ein einzigartiges Musikschulzentrum, kombiniert mit einem Begegnungsort, welcher Raum für Kultur, Kunst und

vor allem Musik jeder Art zulässt», blicken Daniel Eugster und Cyrill Stadler zurück. «Wir waren aber auch bereit, als Gründeraktionäre persönlich zu investieren. Zusätzliche Sockelaktionäre folgten, und das Projekt nahm sehr rasch Fahrt auf.» Im denkmalgeschützten, umfassend renovierten Bau im ehemaligen Saurer-Werkareal gehen heute Menschen aus allen Altersklassen ein und aus. Kleine Kinder, welche in einer der zahlreichen Musikschulklassen die Faszination für ein Instrument entdecken, Jugendliche und Erwachsene, die musizieren, sich im Restaurant oder in der Konzerthalle vergnügen, prominente Musikerinnen, Musiker und Bands aus aller Welt, die eine immer grösser werdende Fangemeinde begeistern. Für sie alle kommt das Presswerk authentisch rüber.

Höhepunkt um Höhepunkt

Die Konzertereignisse übertreffen sich laufend. Wer bei Liveauftritten der bekannten Bands Platz haben will, muss rechtzeitig planen. Denn der Ver-



Grosse Begeisterung bei Künstlern, Organisatoren sowie Besucherinnen und Besuchern.

ein Presswerk, dessen Mitglieder sich «Presswerker» nennen, wächst laufend, und die Anziehungskraft der Kulturhalle wird mit jedem Konzert grösser. Im kommenden März wird im Kulturzentrum nicht nur der schweizerische Musikwettbewerb ausgetragen, sondern auch ein längst ausverkauftes Konzert von Patent Ochsner stattfinden. Bereits laufen die Vorbereitungen für das Programm 2021, wo mit der Produktion «Freddy» – einer Hommage an Queen zum 30. Todestag von Freddie Mercury – ein weiterer Höhepunkt vor der Umsetzung steht.

Marie-Theres Brühwiler, Roland Löw

Urbane Romantik vereint

Ein historisches Backsteingebäude im Industriestil, weitläufige, lichtdurchflutete Hallen mit hohen Decken und moderner Ausstattung: Das Presswerk in Arbon präsentiert sich als einzigartige Location, geprägt von industriellem Flair und urbaner Romantik. Die Kulturzentrum Presswerk AG einfach erklärt: Der Kopfbau des Kulturzentrums wird an die Musikschule Arbon, die Tanzwerkstatt und weitere diverse Vereine vermietet. Presswerk Gastronomie & Eventhalle GmbH ist Pächterin der Eventhalle und betreibt diese und das dazugehörige Restaurant. Die Eventhalle kann bei der Betreibergesellschaft für Firmenanlässe, Hochzeiten, Versammlungen und diverse andere Veranstaltungen gemietet werden. Ein weiteres Mitglied der Presswerk-Familie ist der Kulturverein Presswerk. Dieser veranstaltet regelmässig Konzerte in der Kulturhalle. Die Mitglieder des Kulturvereins Presswerk profitieren regelmässig von Konzertvergünstigungen und erfahren zuerst, welche Künstler demnächst auftreten. Weitere Informationen: www.presswerk-arbon.ch

Einen Schritt voraus, aber der Tradition verpflichtet: David Gubler, lic. oec. HSG, Kathrin Widmer Gubler, Rechtsanwältin, B.A. HSG, und Bernhard Rieder, lic. phil. I.



Tradition und Fortschritt

GBL Gubler AG, Frauenfeld

Das Frauenfelder Unternehmen GBL Gubler AG ist führend, wenn es um die Strukturierung, die Vernetzung und die Sicherung von digitalen Quellen geht. So zukunftsgerichtet das Frauenfelder Unternehmen ist, so weit zurück liegen die Anfänge des heute in dritter Generation geführten KMU-Betriebes.

Der Urur- und der Urgrossvater prägten Anfang des 20. Jahrhunderts die Thurgauer Textilgeschichte. Später sorgte Martha Gubler-Weigand als erste Berufsfotografin im Thurgau für ein Novum. «Den Werten, die uns unsere Vorfahren vorgelebt haben, sind wir verpflichtet», sagen Martha Gublers Enkel David Gubler und dessen Gattin Kathrin Widmer Gubler. Im Murg-Auen-Park, wo die GBL Gubler AG heute beheimatet ist, trifft deshalb Moderne immer noch auf ein Stück Tradition. Sinnbildlich dafür hat die «camera obscura», mit welcher die Grossmutter als Pionierin den Lebensunterhalt ihrer Familie verdiente, einen prominenten Platz in der Firma. Auch wenn es im Grunde genommen, wie damals in Grossmutter's Lichtbild-Atelier, um das Festhalten und Dokumentieren von wichtigen Ereignissen geht, so ist die heutige Ausrichtung des Unternehmens eine ganz andere.

Interdisziplinarität und Innovationen

Dem Unternehmerpaar ist es gelungen, Familientradition und digitale Transformation unter einen Hut zu bringen. «Uns treibt die Frage an, wie aus der Fülle von Daten, die Menschen und Maschinen produzieren, Informationen entstehen und wie die-

se zu Wissen synthetisiert werden», erklärt David Gubler. Als Berater und Systemintegrator arbeitet das Unternehmen an der Schnittstelle von BWL, Technologie und Kultur. Es gilt, kommerzielle oder Open-Source-Produkte anzupassen, mit State-of-the-art-Technologien wie Machine Learning oder Text Mining Mehrwerte zu schaffen und damit Geschäftsprozesse digital und grundsätzlich neu zu denken. Als logische Folge ist das Unternehmen heute interdisziplinär aufgestellt. Betriebswirtschaftler, Naturwissenschaftler, Historiker und Sprachwissenschaftler arbeiten Hand in Hand mit Fachpersonen aus der eigenen Manufaktur. «Das Neue, das Ungewisse, die Potenziale für Innovationen, die sich hinter den Kulissen der Digitalisierung verbergen, sind unser täglicher Ansporn», beschreibt Historiker Bernhard Rieder, Mitglied der Geschäftsleitung, die Faszination seines Alltags.

Digitale Transformation und Change Management

Die Geschäftsleitungsmitglieder haben im Ausland gelebt, gearbeitet und viel gelernt. Ihre Erfahrungen beschreiben sie als Privileg sowie wegweisend für ihre heutige Tätigkeit und die Rückkehr zu ihren Wurzeln im Thurgau. Den Grundstein hat

David Gubler vor mehr als 20 Jahren mit der Firmengründung und der engen Zusammenarbeit mit Universitäten in internationalen Forschungsprojekten gelegt. Dieser Austausch und die stetige Pflege dieses Netzwerkes ermöglichten es, früh digitale Transformationsprozesse im «Laborstadium» kennen zu lernen und die strategischen Weichen für die Unternehmensentwicklung zu stellen.

Heute ist der KMU-Betrieb Komplettanbieter für Beratung, Planung und Umsetzung von Projekten der digitalen Transformation und erarbeitet Lösungen zu Sicherung, Strukturierung und Vermittlung von Daten. Zu den Kunden gehören Grosskonzerne, Staatsarchive und Verwaltungen in der ganzen Schweiz und im angrenzenden Ausland. «Insbesondere die Geisteswissenschaften haben die Entwicklung unseres eigenen Unternehmens geprägt. Im Zeitalter der Informationsgesellschaft besitzen die wissenschaftlichen Methoden zur Generierung von Wissen nach wie vor Gültigkeit – die Digitalisierung der Werkzeuge verändert aber vor allem auch Arbeitsabläufe, Geschäftsmodelle und Serviceangebote radikal. Dies ist die digitale Transformation, bei deren Umsetzung wir unsere Kunden begleiten», sagt Kathrin Widmer Gubler, verantwortlich für die strategische Geschäftsentwicklung. «Je digitaler unsere Welt wird, umso wichtiger sind Empathie und Achtsamkeit unseren Mitmenschen gegenüber. Unsere Mitarbeitenden sind unser grösstes Potenzial», sind sich die drei Geschäftsleitungs- und engagierten FDP-Mitglieder einig.

Marie-Theres Brühwiler

Captum AG – zurück in den ersten Arbeitsmarkt

Psychisch Erkrankten den Weg zurück in den Berufsalltag des ersten Arbeitsmarktes zu erleichtern, ist das Ziel der 2016 von David Gubler und Kathrin Widmer Gubler zusammen mit einem Partner gegründeten Captum AG. Im Spannungsfeld «Arbeit & psychische Gesundheit/Arbeit & psychische Erkrankung» geht die Captum AG neue Wege und bindet Menschen nach einer krankheitsbedingten Auszeit in den Berufsalltag ein. «Meine Vorfahren haben Anfang des 20. Jahrhunderts für die Mitarbeitenden eine Arbeitersiedlung gebaut und eine Krankenkasse gegründet. Diesen Sozialliberalen Ansatz setzen meine Frau und ich adaptiert auf unsere Möglichkeiten um. Wir sind überzeugt, dass nicht der Staat alleine, sondern der Mitmensch – also wir alle – in der tagtäglichen Interaktion seinen Beitrag zur gelingenden Integration leisten muss», betont David Gubler.

Steuergesetzrevision

Das Bestmögliche für den Thurgau

Was beinhaltet das Paket?

- Abschaffung der Steuerprivilegien für Statusgesellschaften (Domizil-, Verwaltungs- und Holdinggesellschaften)

Mit dem Ziel, Arbeitsplätze zu sichern und zu schaffen:

- Senkung des Gewinnsteuersatzes von 4,0 auf 2,5 %
- Forschungs- und Entwicklungsprivilegierung (Up-lift von 30 %)
- Steuerliche Entlastung von Gewinnen aus Patenten (Patentbox, Ermässigung von 40 %)
- Separate Besteuerung vormals steuerfreier stiller Reserven zu einem Sondersatz von 0,5 % während 5 Jahren
- Unveränderter Teilbesteuerungsabzug von 40 %
- Kapitalsteuersatz wird auf 0,15 % gesenkt (Mindeststeuer von Fr. 200.–)
- Einschränkung: Entlastungsbegrenzung (mindestens 50 % des ausgewiesenen Gewinns werden besteuert)

Mit dem Ziel, Familien und den Mittelstand zu entlasten:

- Erhöhung der Kinderdrittbetreuungskosten von Fr. 4000.– auf Fr. 10 100.–
- Erhöhung Versicherungsabzug: Ehepaare von Fr. 6200.– auf Fr. 7000.–, übrige Steuerpflichtige von Fr. 3100.– auf Fr. 3500.– und Kinder von Fr. 800.– auf Fr. 1000.–
- Erhöhung der Ausbildungszulage von monatlich Fr. 250.– auf Fr. 280.–
- Anrechnung einer Steuergutschrift von Fr. 100.– pro Kind auf den zu zahlenden Steuerbetrag

Argumente für ein JA

- Ein Ja schafft **Rechtssicherheit**. Mit einem Ja kann das Gesetz im Jahr 2020 in Kraft treten. Nach mehreren Jahren politischer Unsicherheit mit der USR III, der STAF und den kantonalen Anpassungen haben Unternehmen endlich Rechtssicherheit.
- Es ist ein Ja zu einem **ausgewogenen** Paket.

Jetzt mitmachen!

Unter der Leitung von Kommissionspräsident Kantonsrat Gallus Müller, CVP, hat sich ein überparteiliches Komitee formiert. Das Komitee führt den Abstimmungskampf für die Steuervorlage. Eine breite Abstützung ist wichtig. Bitte treten Sie dem Komitee bei. Eine Anmeldung ist unter www.dialogthurgau.ch möglich.

- Die Reduktion des Steuersatzes von 4,0 auf 2,5 % kommt allen juristischen Personen zugute, auch den KMU, welche in den vergangenen Jahren nicht privilegiert besteuert wurden.
- Der Kanton Thurgau hat **stabile** Finanzen. Die Steuerrevision ist bereits in das Budget 2020 eingerechnet. Kanton und Gemeinden können die kurzfristigen Ausfälle verkraften.
- Das Paket enthält Massnahmen für Unternehmen und Private.
- **Höhere Abzüge für Versicherungsprämien** (Krankenkassen) entlasten den Mittelstand.
- Die **Steuergutschrift** für Kinder ist ein neues sozialpolitisches Instrument.
- Ein JA ist eine **Chance** für unseren Kanton: für Arbeitsplätze und Wertschöpfung im Thurgau!

Schweizweit an der Spitze

Das E-Mobilität-Förderungsprogramm des Kantons Thurgau zeigt Wirkung. In keinem anderen Kanton werden so viele neue Elektroautos zugelassen. Dass der Kanton Thurgau die Spitzenposition belegt, ist kein Zufall. Den Stein ins Rollen gebracht hat FDP-Kantonsrat Daniel Eugster, der im Frühjahr zusammen mit 67 Mitunterzeichnern den Regierungsrat aufforderte, in einem Bericht Chancen und Risiken der Elektromobilität aufzuzeigen. Daraus folgend hat der Kanton Thurgau ein Konzept erstellt, und FDP-Regierungsrat Walter Schönholzer, dessen Departement auch für den Energiebereich verantwortlich zeichnet, hat rasch entschieden: Der Umstieg auf E-Autos wird unter gewissen Voraussetzungen finanziell gefördert, um den noch grossen Preisunterschied zu herkömmlichen Fahrzeugen mit Verbrennungsmotoren zu minimieren. In den ersten drei Quartalen des Jahres 2019 waren schweizweit 3,95 Prozent der neu eingelösten Personenwagen mit einem batterieelektrischen Antrieb ausgerüstet. Im Kanton Thurgau liegt dieser Wert bei 7,3 Prozent, was der schweizweit beste Wert ist. Dies zeigt, dass Konsumenten auf finanzielle Anreizsysteme reagieren und Verhaltensänderungen möglich sind. (mtb)

Matthias Kradolfer glanzvoll gewählt

Matthias Kradolfer ist vom Grossen Rat mit einem Glanzresultat als Oberrichter gewählt worden. Der 33-jährige Weinfelder bringt fachlich wie auch menschlich beste Voraussetzungen für das anspruchsvolle Amt mit. Matthias Kradolfer wird Anfang 2020 die Nachfolge von Elisabeth Thürer antreten.

Die Nachfolge von Elisabeth Thürer ist geregelt. Matthias Kradolfer wurde vom Grossen Rat mit einem Glanzresultat von 110 Stimmen als Mitglied des Thurgauer Obergerichtes gewählt. Als ausgewiesener Praktiker verfügt er über grosses Fachwissen in allen relevanten Rechtsgebieten. Zudem befasst er sich wissenschaftlich mit dem Recht. Das Doktorat schloss Matthias Kradolfer an der Universität St. Gallen mit einer rechtshistorischen Dissertation zur Unabhängigkeit der Justiz ab. Der 33-Jährige befürwortet eine bürgernahe Justiz. Als selbstständiger Rechtsanwalt bringt Matthias Kradolfer eine wertvolle Aussenperspektive mit. Denn der Weinfelder kennt und versteht die Erwartungen von Personen, die vor Gericht stehen. Matthias Kradolfer, Inhaber des Anwaltspatents, ist Mitglied des Schweizerischen und des Thurgauer Anwaltsver-



Matthias Kradolfer wird neuer Oberrichter.

bandes. Der designierte Oberrichter ist Vorstandsmitglied der Ortspartei Weinfelden. (mtb)

FDP Amriswil

Wine & Politics

Am 3. Oktober lud die FDP Amriswil erneut zum traditionellen «Wine & Politics» ins Wasserschloss Hagenwil ein. Unser neu für Veranstaltungen ver-

antwortlicher Roman Fischer durfte rund 30 Mitglieder und Gäste (darunter auch die NR-Kandidierenden Brigitte Kaufmann und Viktor Gschwend) der FDP Amriswil begrüßen. Hansjörg Brunner konnte sich als Gastredner diesen Abend für uns freihalten und sorgte dafür, dass wir einen fröhlichen und angeregten Abend verbringen durften.

Die FDP Amriswil möchte sich an dieser Stelle bei Hansjörg Brunner nochmals für sein grosses politisches Engagement bedanken und wünscht ihm und seiner Familie von Herzen alles Gute für die Zukunft.

Martin Rickenbach

FDP Bezirk Frauenfeld

32 Persönlichkeiten für die Grossratswahlen nominiert

Die FDP des Bezirks Frauenfeld steigt mit 5 Bisherigen und insgesamt 32 Kandidatinnen und Kandidaten in den Kantonsratswahlkampf. Die motivierten Persönlichkeiten, die sowohl den ländlichen wie auch den urbanen Raum abdecken und ganz unterschiedliche berufliche Hintergründe haben, wurden an der Nominationsversammlung in der Kartause Ittingen mit viel Applaus für die Grossratswahlen vom 15. März 2020 nominiert.

Die FDP-Kantonsräte und -Kantonsrätinnen Anders Stokholm (Frauenfeld), Kristiane Vietze (Frauenfeld), Ruth Kern (Frauenfeld), Jörg Schläpfer (Frauenfeld) und Andreas Wenger (Diessenhofen) möchten ihre Arbeit im Grossen Rat des Kantons Thurgau fortsetzen. Kristiane Vietze und Fraktionspräsident Anders Stokholm streben ihre dritte Amtsperiode an. Ruth Kern, Jörg Schläpfer und



Andreas Wenger politisieren seit 2018 respektive 2019 in der Thurgauer Legislative. So motiviert wie die 5 Bisherigen scheinen auch die 27 weiteren Kandidatinnen und Kandidaten. In der unterhaltensamen Vorstellungsrunde wurde immer wieder deutlich, wie sehr der Begriff «Gemeinsinn» bei den Freisinnigen gelebt wird. Auffallend viele der 9 Frauen und 23 Männer sind bereits als Exekutivmitglieder aktiv in der Kommunalpolitik tätig oder tragen Verantwortung in Verbänden und Vereinen. Auf der 32-Liste sind Stadt und Land sowie die unterschiedlichsten Berufsgattungen vertreten: Industrie, Gewerbe und Unternehmertum, Gesundheitswesen, Bildung, Hotellerie, Technik und Verwaltung. Dabei sind mit Martina Pfiffner Müller und Anders Stokholm auch zwei Persönlichkeiten,

die bis vor einer Woche im Nationalratswahlkampf standen, und Personen, die eine Stadt oder Gemeinde präsidieren. Einige der Kandidierenden haben sich schon früher für die Wahl in den Grossen Rat empfohlen und stehen deshalb direkt hinter den Amtierenden zuoberst auf der Liste.

Der seit 2008 als Berufsrichter am Bezirksgericht tätige René Hunziker stellt sich als Präsident des Bezirksgerichts Frauenfeld und Nachfolger von Rudolf Fuchs zur Verfügung. Er wurde von den rund 50 anwesenden Mitgliedern der Bezirkspartei ebenfalls einstimmig nominiert. Marianna Frei aus Schlatt und Carinne Ruchet aus Gachnang stellen sich als nebenamtliche Bezirksrichterinnen respektive als Ersatzrichterinnen zur Wiederwahl.

Marie-Theres Brühwiler

Das sind die 32 Kandidierenden

Anders Stokholm, Frauenfeld; Kristiane Vietze, Frauenfeld; Ruth Kern, Frauenfeld; Jörg Schläpfer, Frauenfeld; Andreas Wenger, Diessenhofen; Roland Studer, Schlattingen; Martina Pfiffner Müller, Gachnang; Stefan Hanselmann, Müllheim; Claudio Bernold, Frauenfeld; Elisabeth Sulger Büel, Eschenz; Dominique Bossert, Schlatt; Alex Blumer, Frauenfeld; Monika Ribli, Mammern; Christoph Aeschbacher, Stettfurt; Roman Schefer, Frauenfeld; Maurits Reinaerts, Frauenfeld; Alen Kalender, Eschenz; Jonathan Hedinger, Gachnang; Freddy Abegg, Schlatt; Reto Brunschweiler, Frauenfeld; Stefan Dähler, Frauenfeld; Urs Forster, Müllheim; Ronald Hofmann, Eschenz; Fabrizio Hugentobler, Frauenfeld; Katharina Iseli Bürgi, Gachnang; Nazmije Ismaili, Frauenfeld; Roman Pulfer, Steckborn; Bernhard Rieder, Frauenfeld; Marcel Ruchet, Gachnang; Daniel Widmer, Gachnang; Kathrin Widmer Gubler, Frauenfeld, und Franz Zaugg, Gündelhart/Hörhausen.

Anzeige



FLEISCHMANN
IMMOBILIEN



«Wollen auch Sie Ihre Liegenschaft erfolgreich verkaufen? Gerne zeige ich Ihnen den Weg dazu auf.»

Werner Fleischmann, Firmeninhaber

Fleischmann Immobilien AG
Telefon 071 626 51 51 | info@fleischmann.ch | www.fleischmann.ch

FDP Bezirk Kreuzlingen

Volle Liste mit vier Bisherigen

Die FDP des Bezirks Kreuzlingen tritt zu den Kantonsratswahlen mit einer vollen Liste an. Die vier Bisherigen möchten ihre Arbeit im Grossen Rat fortsetzen.

«Jetzt erst recht!» begann FDP-Bezirkspräsident Alexander Salzmann die Nominationsversammlung für die Kantonsratswahlen und die Richterwahlen im voll besetzten Saal des katholischen Begegnungsraums in Münsterlingen. Nominiert für die Grossratswahlen sind die 4 Bisherigen Beat Pretali (Altnau), Beat Rüedi (Kreuzlingen), Cornelia Zecchin (Kreuzlingen) sowie der Münsterlinger Gemeindepräsident René Walther. Dazu gesellen sich 10 Kandidaten, die bereits Erfahrung im Kantonsratswahlkampf haben, wie Arbeitgeberpräsident Attila Wohlrab (Kreuzlingen), Treuhänder Michael Thurau (Bottighofen), der ehemalige Salensteiner Gemeinderat Giovanni Crupi, der Kreuzlinger Staatswissenschaftler und Gemeinderat Alexander Salzmann, der Gastronome und Gemeinderat Fabrizio Ribezzi (Kreuzlingen), der Langrickenbacher Michael Käppeli, der Unternehmer Beat Suter (Altnau), der Ermatinger Ortsparteipräsident Urs Giezendanner, Barbara Jäggi (Kreuzlingen) sowie der Bottighofer Gemeinderat Patrik Hugelshofer. Abgerundet wird die Liste durch 9 weitere Kandidierende, welche sich zum ersten Mal für die Grossratswahlen aufstellen las-

sen. Es sind dies Ana Brändli (Kreuzlingen), Concetta Critelli (Kreuzlingen), Susan Danubio (Kreuzlingen), die beiden Münsterlinger Prof. Dr. Gerd Ganteför und Thomas Gut, der Präsident des lokalen Hauseigentümergebietes Thomas Leu

(Salenstein), der Stadtpräsident Thomas Niederberger (Kreuzlingen) sowie Bianca Rühle (Kreuzlingen) und Thomas Walter (Ermatingen).

Die Mitglieder der FDP Bezirk Kreuzlingen nominierten an ihrer Versammlung auch das bewährte Richterduo, den bisherigen Berufsrichter Jürg Roth (Gottlieben) und den bisherigen Suppleanten Laienrichter Enzo Schrembs (Kreuzlingen).

Alexander Salzmann



Breit aufgestellt: Die an der Nominationsversammlung anwesenden Kandidatinnen und Kandidaten decken unterschiedliche Regionen und Berufe ab.

FDP Egnach

Biodiversität – im Einsatz für Fauna und Flora

Nach dem Motto «Wir reden nicht nur davon, wir machen es» setzt sich die FDP für mehr Biodiversität ein. Unter der Führung von Viktor Gschwend pflanzten Freiwillige in Egnach eine Vogelschutzhecke und platzierten Vogelnistkästen.

Die Artenvielfalt von Fauna und Flora ist ein Urankliegen der FDP Thurgau. Wie ernst es der Partei schon vor dem aktuellen Hype rund um die Biodiversität war, bewiesen die von der Arbeitsgruppe Umweltschutz der FDP TG herausgegebenen Broschüren und das Buch von Ruedi Schläpfer aus den Jahren 1985 bis 1994. Der FDP ist dabei nicht nur der sorgsame Umgang mit schützenswerten Pflanzen, sondern sind auch Themen wie unnötige Bodenversiegelung, der Kampf gegen eine überdimensionierte Anwendung von Pestiziden wie auch die Thematik vom Einfluss der fremden Pflanzen, die

sehr dominant auftreten und einheimische Arten bedrohen (invasive Neophyten), wichtig. Die Thurgauer Liberalen sehen einen gezielten, massierten, aber klar begrenzten Einsatz von Mitteln (Sunsetklausel) zum Erhalt und der Aufwertung einer vielfältigen Natur und Umwelt als sinnvolle Massnahme, welcher einer Urforderung der FDP entspricht. Die Bepflanzung einer Vogelschutzhecke der FDP Egnach im Gebiet Camping Wiedehorn und das Anbringen von mehreren Vogelnistkästen im Gemeindegebiet waren nicht einfach nur Wahlkampf, sondern das klare Bestreben, der einheimischen Flora und den Tieren den ihnen zustehenden Raum wieder zu gewähren. Exponenten der FDP Thurgau, allen voran Viktor Gschwend, Kantonsrat und Gärtner des Jahres, leben das jeden Tag vor. Dies nicht nur einfach aus dem geschäftlichen Blickpunkt heraus, sondern mit dem unbeugsamen Willen, alles für die Natur und hier besonders für den Fortbestand der Biodiversität zu unternehmen. Jeder von uns kann



Von links: Sibylle Moopanar, David H. Bon, Dominique Bornhauser, Martina Pfiffner Müller, Priska Lang, Viktor Gschwend und Andrea Roth pflanzten in Egnach eine Vogelschutzhecke.

seinen Beitrag dazu leisten, sei es mit der Gestaltung seines Gartens oder der Anpflanzung von einheimischen Wildstauden auf Terrassen und Balkonen.

Roland Löw

FDP Eschlikon-Sirnach

Sägemehl zum Herbstbeginn

Der Herbstanlass 2019 führte mehr als 20 interessierte Mitglieder der Ortsparteien Eschlikon und Sirnach in das Sägewerk Brühwiler in Wiezikon. Firmenschefin Maria Brühwiler, gerade eben zur Thurgauer KMU-Frau gekürt, zeigte mit Stolz ihren Betrieb.

Die FDP-Mitglieder trafen sich am späten Nachmittag beim Sägewerk Brühwiler, sodass eine Besichtigung bei laufendem Betrieb noch möglich war. Die Begrüssung und die Einführung in die Firmengeschichte nahm Maria Brühwiler selber vor, sie leitet den Betrieb als Inhaberin in der vierten Generation seit 2011. So wusste sie denn auch spannende Hintergründe zu ihren Firmen, der Brühwiler Sägewerk AG und der Brühwiler Fensterholz AG, zu berichten. Das Sägewerk wurde 2003 erneuert und verarbeitet jährlich rund 15000 m³ (oder 15000 Festmeter, so das in der Branche übliche Mass) Nadelrundholz aus den regionalen Wäldern zu Holzprodukten für den regionalen Bedarf. In den beiden Betrieben in Wiezikon (Sägewerk) und in Attelwil (Fensterholz) arbeiten über 60 Personen.

Auf dem Rundgang durch das weitläufige Betriebsgelände konnten die anwesenden Mitglieder der FDP-Ortspartei die Holzverarbeitung vom



Baumstamm bis zum gehobelten Brett miterleben. Zahlreiche Arbeitsschritte sind notwendig, damit das Endprodukt in der geforderten Qualität ausgeliefert werden kann. Das Credo der Firma, Holz aus der Region für Produkte für die Region zu verwenden, konnte man auf dem Betriebsrundgang eindrücklich mitverfolgen. Am Schluss durften die FDPler das vollständig aus Holz gebaute Haus von Marias Eltern von aussen und innen besichtigen. Dort bedankte sich der Präsident Thomas Rutishauser für die eindrückliche Betriebsbesichtigung und überreichte den Gastgebern einen Dankeschönkorb vom nahe gelegenen Kornhaus.

Peter Meier



Die FDP, Die Liberalen Thurgau gratuliert **Maria Brühwiler** zur verdienten Auszeichnung.

FDP Thurgau

Losglück für Giulia Wyss

Die einmalige Thurgauer Landschaft aus der Vogelperspektive erleben, vom Wind getrieben von Thundorf über Weinfeldern nach Berg gleiten: Das durften Wettbewerbsgewinnerin Giulia Wyss und Nationalratskandidatin Dominique Bornhauser. Die Sechstklässlerin aus Müllheim hatte beim Wettbewerb der FDP Thurgau an der WEGA 2019 Losglück. Aus mehreren Hundert abgegebenen Talons wurde ihre Karte von Glücksfee Sibylle Moopanar gezogen. Die Fahrt im Ballon der FDP Schweiz durfte die glückliche Gewinnerin an ihrem ersten Ferientag bereits einlösen. «Es war so schön und so ruhig hoch oben», freute sie sich nach der Ballonfahrt mit Walti Vogel. Auch für die Weinfeldlerin Dominique Bornhauser war die Ballonfahrt eine Premiere. «Ein eindrückliches Erlebnis», schwärmte die Sekundarlehrerin, die sich bei den Vorbereitungen zur Fahrt und beim abschliessenden Zusammenrollen sowie Verpacken von Hülle und Korb ebenso aktiv wie Giulia und ihre Familie beteiligt hatte.

Marie-Theres Brühwiler



Giulia Wyss und Dominique Bornhauser machen sich auf zu einer Premiere.



Baustellen in der neuen Legislatur anpacken

Zu den Wahlen 2019

Das Wahlergebnis am 20. Oktober war eine Enttäuschung. Der grüne Tsunami hat uns trotz Schärfung unserer liberalen Umweltpolitik nicht verschont und das Engagement unserer Basis leider nicht belohnt. Aber jetzt müssen wir nach vorne schauen – denn in vielen Politikbereichen braucht es liberale Lösungen, gerade auch in der neuen Ausgangslage.

Der Rückgang in Wählerprozenten enttäuscht. Vor allem schmerzen die Sitzverluste. Umso mehr, weil sie liberale Menschen treffen, die sich über Jahre mit Herzblut für unsere Heimat eingesetzt haben. Wir nehmen uns nun die Zeit für eine fundierte Analyse. Bereits jetzt lassen sich jedoch einige Schlüsse ziehen. So zeigt sich, dass eine gute Personalplanung absolut zentral ist. Wir brauchen in allen Kantonen langfristige Nachfolgestrategien mit entsprechenden Ausbildungen und Förderprogrammen. Ebenfalls wichtig sind langfristige Überlegungen zu möglichen Allianzen und Listenverbindungen, die von Kanton zu Kanton unterschiedlich sein können.

Gefreut hat mich das Engagement der Wahlkämpferinnen und Wahlkämpfer. Es wurden Hunderte von Aktionen durchgeführt, und es wurde mit viel Freude und Elan gekämpft. Dieses Basisenga-

gement müssen wir weiter stärken. Es führt nichts daran vorbei, das Wissen und das Engagement unserer Mitglieder aller Ebenen weiter zu fördern und darauf zurückzugreifen.

Wir müssen an unseren Positionen arbeiten

Ein breit diskutiertes Thema in diesem Wahlkampf war die Stärkung unserer Umweltpositionierung im Wahljahr. Ich bin heute mehr denn je der Überzeugung, dass es die richtige Entscheidung war – auch in einem Wahljahr. Es ist heute klar, dass wir damit Schlimmeres verhindert haben. Die Stärkung wird sich in Zukunft noch mehr auszahlen. Ich bin überzeugt, dass wir hier den richtigen Weg eingeschlagen haben.

Trotzdem, wir müssen uns jetzt grundsätzliche Gedanken machen. Denn die drei letzten nationalen Wahlen haben klargemacht, dass in erster Linie

extern diktierte Themen über Erfolg und Nichterfolg bestimmen. Dies zeigt, dass wir an all unseren Positionen konsequent arbeiten und diese weiterentwickeln müssen – damit wir auf alles vorbereitet sind. Wir brauchen in allen Themen starke Lösungen, die sich gegen diejenigen der anderen Parteien durchsetzen. Wir müssen inskünftig in allen Bereichen bereit sein, den Menschen liberale Lösungen offensiv präsentieren zu können. Hier liegt die Verantwortung von uns als Volkspartei. Schliesslich haben wir in den nächsten Jahren gemeinsam grosse Herausforderungen zu stemmen. Ich denke insbesondere an die Altersvorsorge und die Wirtschaftssituation.

Expertise aus der Basis einbeziehen

Dabei müssen wir die Expertise aus unserer Basis miteinbeziehen, wie das beim Themenkomplex Umwelt und Klima geschehen ist. Die Mitglieder sollen die Möglichkeit erhalten, ihre Perspektive und ihre Lösungsvorschläge bezüglich eines Problems einzubringen. Geeignete Gefässe sind zu schaffen, und der Prozess ist zu definieren. Klar ist, dass der ordentliche Prozess der Positionierung erhalten bleiben muss.

Ich möchte mich nochmals ganz herzlich für Ihr Engagement für unsere Partei bedanken. Gerade jetzt braucht es uns mehr denn je!

Petra Gössi
Präsidentin FDP.Die Liberalen Schweiz



Fortschritt statt Ideologie von gestern

Viele Herausforderungen für die 51. Legislatur

Das Wahlergebnis vom 20. Oktober zeigt, dass die Bevölkerung in der nächsten Legislatur Lösungen in der Umwelt- und Klimapolitik erwartet. Die FDP steht zu den ambitionierten Zielen – doch wer glaubt, das sei das einzige drängende Problem, irrt sich. Es braucht v. a. auch in der Europapolitik, bei der Rentenreform und in der Steuerpolitik liberale, freisinnige Lösungen zugunsten einer fortschrittlichen und zukunftsfähigen Schweiz. Auch in der 51. Legislatur wird die FDP auf die Kraft des Wettbewerbs setzen und rot-grüne Planwirtschaft und Bevormundung ebenso bekämpfen wie konservative Abschottung.

Der Ausgang der eidgenössischen Wahlen am 20. Oktober war für die FDP ein Ausrufezeichen und ein Auftrag zugleich. In der kommenden Legislatur wird es absolut zentral sein, eine rot-grüne Politik der Bevormundung und Verbote zu verhindern. Die FDP wird im Zeichen des Fortschrittes weiterhin je nach Dossier und Vorlage mit unterschiedlichen Partnern Mehrheiten suchen, um die Schweiz weiter vorwärtszubringen.

Europapolitik: Sicherung des bilateralen Wegs

Das Europadossier wird die Bundespolitik in der neuen Legislaturperiode weiter intensiv beschäftigen. Einerseits gilt es, die brandgefährliche Kündigungsinitiative konsequent zu bekämpfen, weil sie das Ende des erfolgreichen bilateralen Weges bedeuten würde. Andererseits muss das zukünftige Verhältnis zur EU geklärt werden: Das Rahmenabkommen ist nötig, um den Zugang zum EU-Bin-

nenmarkt langfristig zu sichern und zu entwickeln. Aus Sicht der FDP ist das Verhandlungsergebnis im Grundsatz gut. Der Bundesrat muss aber weitere Konkretisierungen anbringen, wo der Vertragstext zu viel Interpretationsspielraum lässt.

Ehrliche Reform der Altersvorsorge

Wenn sich das Parlament zu Beginn der neuen Legislatur über die Reform AHV21 beugt, darf nicht erneut eine Ausbau-Vorlage entstehen, die später vom Volk abgelehnt wird. Wichtig ist, dass die Ausgleichsmassnahmen für die Erhöhung des Rentenalters für Frauen auf 65 Jahre mit Augenmass festgelegt werden und die Einsparungen nicht gleich wieder zunichtemachen. Die Reform muss möglichst rasch in Kraft treten, damit die Finanzierung der AHV für die kommenden Jahre gesichert ist. Die langfristige Stabilisierung über eine strukturelle Reform ist ebenfalls in der nächsten Legislatur aufzugleisen. Zudem ist die systemwidrige Umverteilung von Jung zu Alt in der zweiten Säule einzudämmen.

Attraktives steuerliches Umfeld

Kaum ist mit der STAF17 die Reform der Unternehmensbesteuerung gelungen, ziehen bereits wieder dunkle Wolken am Horizont auf. So plant die OECD eine Besteuerung der digitalen Wirtschaft, welche u. a. eine internationale Mindestbesteuerung von Unternehmen bewirken soll. Um vorzuzugewinnen und konkurrenzfähig zu bleiben, muss die Schweiz bestehende steuerliche Wettbewerbsnachteile abbauen. Ich denke dabei etwa an die angekündigte Reform der Verrechnungssteuer und die Abschaffung der Stempelabgaben. Der berechtigte Feldzug gegen die «Heiratsstrafe» kann nur mit der Individualbesteuerung erfolgreich abgeschlossen werden. Der Kampf gegen die 99-Prozent-Initiative der JUSO bietet die Chance, die extreme Progression der Besteuerung zu thematisieren.

Freisinnige Lösungen für Energie und Umwelt

Nachdem der Ständerat in der Herbstsession 2019 den Weg für einen tragfähigen Kompromiss bei der Totalrevision des CO₂-Gesetzes vorgespurt hat, liegt der Ball jetzt bei der grossen Kammer, um gezielte Verbesserungen an der Vorlage vorzunehmen. Es braucht Massnahmen im In- und Ausland, die auf Fortschritt, Eigenverantwortung und Kostenwahrheit setzen. Wir werden uns dabei auch weiterhin am freisinnigen Positionspapier zur Umwelt- und Klimapolitik orientieren. Zudem muss endlich die vollständige Strommarktöffnung in die Wege geleitet werden, um u. a. die Versorgungssicherheit zu sichern.

Beat Walti

Nationalrat, Fraktionspräsident

Ein gutes Team: Die FDP-Liberale Fraktion (hier noch vor den Wahlen) und die Mitarbeiter des Generalsekretariats.



Vier fordernde Jahre

Die Struktur der Partei in Vollbelastung

Eine äusserst intensive Legislatur liegt hinter der Partei. Nicht nur politisch, sondern auch in der Parteistruktur wurden wichtige Weichen gestellt. Ein breites Fundament für die nächsten Jahre ist gelegt.

Wohl kaum eine andere Partei hatte in der vergangenen Legislatur so viele Grossprojekte zu bewältigen. Insbesondere drei Ereignisse waren für die Partei wichtige Weichenstellungen: Der Wechsel des Parteipräsidiums, wo Petra Gössi das Zepter von Philipp Müller übernahm. Dann der Rücktritt von alt Bundesrat Didier Burkhalter 2017 und der Prozess bis zur Wahl von Bundesrat Ignazio Cassis sowie schliesslich, nur ein Jahr später, der Rücktritt von alt Bundesrat Johann Schneider-Ammann und die Wahl von Bundesrätin Karin Keller-Sutter. Planung, Organisation und Durchführung dieser aussergewöhnlichen Ereignisse waren eine grosse Herausforderung für die Parteistrukturen, insbesondere auch für das Generalsekretariat.

Im Laufe der Legislatur hat das «GS» als politische Stabs- und administrative Zentralstelle der Partei eine umfangreiche Reorganisation erfahren, um noch schlagkräftiger zu werden. Als Beispiel dient die Professionalisierung der Parteianlässe: Wir haben unter anderem 15 Delegiertenversammlungen, 2 Parteitage, 4 Fraktionsseminare, 1 nationaler Wandertag, 1 Jubiläumswochenende und 1 Wahlkampfcamp erfolgreich gestemmt. Von Anlass zu Anlass haben wir weiteroptimiert und jedes

Mal ein höheres Niveau erreicht. Daneben nahmen wir wichtige Investitionen und Entwicklungen im digitalen Bereich vor, die für die langfristige Arbeit der Partei zentral sind.

Alle Bereiche des Generalsekretariats gefordert

Die FDP ging zudem aus 31 von 33 Volksabstimmungen als Siegerin hervor. Das zeigt, wie nah der Freisinn an den Menschen politisiert. Es zeigt aber auch, dass das Kampagnenteam der Partei hervorragende Arbeit leistet. In besonderer Erinnerung bleiben mir Vorlagen wie die Durchsetzungs-Initiative, die Altersvorsorge 2020, die Selbstbestimmungs-Initiative, die AHV-Steuervorlage STAF – aber auch die verlorene Unternehmenssteuer-Reform III.

Auch auf inhaltlicher Ebene haben wir viel erreicht, etwa durch wichtige Positionspapiere. Besonders hervorzuheben sind hier die Vorwärtsstra-

tegie Wirtschaft, das Europapapier und natürlich unsere Position für eine freisinnige Umwelt- und Klimapolitik. Oft liefen solche inhaltlichen Projekte parallel zu anderen Grossprojekten wie Bundesratswahlen oder eidgenössische Wahlen und Abstimmungen.

Gute Ausgangslage für die Zukunft

Zwar können wir mit dem Resultat der Wahlen nicht zufrieden sein – der riesige Einsatz der Basis und der Partei wurde schlecht belohnt. Nichtsdestotrotz konnten wir Schlimmeres abwenden, auch dank vieler innovativer Kampagnenmassnahmen: So setzte die FDP als erste Schweizer Partei auf einen systematischen, datengestützten Tür-zu-Tür-Wahlkampf und führte eine Onlinekampagne durch, die die Schweiz noch nie gesehen hat. Der Wahlkampf der FDP – gerade die Basismobilisierung – hat für die Schweiz neue Massstäbe gesetzt.

Hinter uns liegt eine unheimlich intensive und anstrengende Legislatur. Eine Legislatur, die auch das «GS» an die strukturellen Grenzen gebracht hat. Die vollständige Wirkung der Arbeiten und Innovationen wird aber erst in einigen Jahren sichtbar. Darauf dürfen wir uns freuen.

Samuel Lanz
Generalsekretär FDP.Die Liberalen

«Die volle Wirkung der Innovationen wird erst in einigen Jahren sichtbar.»



Nur wer sich vorbereitet, ist für die Zukunft bereit

Eine Vorwärtsstrategie für die Schweiz

Die Lage der Wirtschaft in der Welt, in Europa und in der Schweiz verdüstert sich. Entwicklungen wie der US-chinesische Handelsstreit, eine mögliche Rezession in Deutschland oder erodierende Beziehungen zur EU können die offene und exportorientierte Schweiz empfindlich treffen. Darum ist es höchste Zeit für eine zukunftsorientierte Wirtschaftspolitik zum Nutzen aller.

Heute ist die Arbeitslosigkeit tief, der Wohlstand breit verteilt und die Chancenvielfalt gross. Das ist jedoch nicht selbstverständlich, sondern das Resultat von langer, harter Arbeit und weitsichtigen Entscheidungen. Doch darauf können wir uns nicht ausruhen, denn die wirtschaftspolitischen Zeichen verdüstern sich. Wir müssen optimale Rahmenbedingungen schaffen, damit die Menschen in ihren Entscheidungen möglichst frei sind, gute berufliche Perspektiven haben und weder von hohen Steuern noch einer übermässigen Paragrafenflut gegängelt werden. Wir müssen jetzt handeln und wichtige Reformen anpacken, bevor es zu spät ist. Darum

haben wir am 22. August 2019 eine Vorwärtsstrategie präsentiert. Eine Auswahl unserer Forderungen finden Sie hier, zum vollständigen Papier gelangen Sie über unsere Website oder indem Sie das Bild mit der XTEND-App scannen.

- Wir müssen den Unternehmen **Innovation** erlauben und sie nicht in unnötige bürokratische Kämpfe verwickeln. Der Einheitssatz bei der Mehrwertsteuer z. B. ist lange überfällig.
- Als Hochtechnologieland braucht die Schweiz genügend gut qualifizierte **Fachkräfte** – aus dem In- wie dem Ausland. Darum fordern wir bei-

spielsweise ein Start-up-Visum für die Techszene.

- **Liberaler Rahmenbedingungen** im Inland fördern einerseits die Binnen- und die Exportwirtschaft und machen die Schweiz andererseits attraktiv für Investitionen und neue Arbeitsplätze aus dem Ausland. Darum sind wir etwa gegen Wettbewerbsverzerrungen durch Staatsunternehmen.
- Der **Zugang zum EU-Binnenmarkt** nützt uns und muss langfristig abgesichert werden. Gleichzeitig ist das Netz der Freihandelspartnerschaften ausserhalb der EU zu stärken.
- Wir fordern eine langfristige **Steuerstrategie** der Schweiz: Die Höhe muss für alle verhältnismässig sein, und Steuereinnahmen sind mit attraktiven Bedingungen am Standort Schweiz zu sichern. Zudem muss das Steuersystem einfach sein und darf Leistungswillen nicht bestrafen.
- Unser exzellenter **Forschungs- und Innovationsplatz** hängt zu einem grossen Teil von der Teilnahme an den EU-Forschungsrahmenprojekten ab. Das wollen wir weiterführen. Gleichzeitig sind mehr Kooperationen mit führenden Forschungsstaaten ausserhalb von Europa anzustreben.
- Wir brauchen eine **Finanzplatzregulierung**, welche zwar die Risiken eliminiert, nicht aber gleich den ganzen Finanzsektor mit dazu.

Die zuständigen Bundesräte und das Parlament sind in der Verantwortung, die zurzeit noch gute Ausgangslage durch eine aktive Strategie gezielt zu stärken und Wettbewerbsnachteile abzuschaffen. Statt gemeinsam vorwärtszuschreiten, fordern jedoch gewisse Kräfte mehr Regulierung und Ausgaben. Andere Kräfte treiben ihre Politik der Abschottung voran. Dies können wir uns nicht erlauben, denn die Wirtschaft braucht liberale Rahmenbedingungen.

Andrea Caroni, Ständerat AR





Mit Verstand und Augenmass handeln

Umsetzung des Positionspapiers in vollem Gang

Die FDP hat Anfang Jahr das Versprechen abgegeben, ihre Umwelt- und Klimapolitik zu stärken. Aus der Beratung des CO₂-Gesetzes im Ständerat und anhand der eingereichten und teilweise bereits angenommenen Vorstösse wird klar, dass wir unser Versprechen gehalten haben und die Umsetzung des Positionspapiers in vollem Gang ist. Diesen Weg werden wir fortsetzen.

Für die FDP ist klar, dass wir gegenüber den nachfolgenden Generationen eine Verantwortung tragen. Nichtstun ist keine Option! Unter Einbezug unserer Basis sowie sämtlicher Parteigremien wurde innert wenigen Monaten eine starke, freisinnige Umwelt- und Klimapolitik erarbeitet, die sich an den liberalen Prinzipien Eigenverantwortung, Innovation und Kostenwahrheit orientiert und von den Delegierten am 22. Juni sehr klar bestätigt wurde.

Gegen Verbotspolitik und Verweigerungshaltung

Im Gegensatz zu anderen Parteien orientiert sich die umweltpolitische Position der FDP an einem um-

fassenden Begriff der Nachhaltigkeit, ist also ökologisch, ökonomisch und sozial nachhaltig. Nur so lassen sich echte Fortschritte erzielen. Dabei sind wir uns bewusst, dass wir vermutlich die erste Generation sind, die den Klimawandel im Alltag tatsächlich spürt, und gleichzeitig auch die letzte Generation, die tatsächlich wirksame Massnahmen gegen den Treibhausgasanstieg ergreifen kann. Ob im neu-

en CO₂-Gesetz oder mit den bereits eingereichten Vorstössen, wir setzen auf einen ausgeklügelten Massnahmenmix, der diejenigen profitieren lässt, die sich für den Klimaschutz einsetzen.

Totalrevision CO₂-Gesetz

Das vom Ständerat verabschiedete CO₂-Gesetz ermöglicht die konforme Umsetzung der Pariser Klimaziele. Die Rückmeldungen unserer Basis und die Erarbeitung des Positionspapiers waren für die Vertreter der FDP eine zentrale Stütze. Unter unserer Federführung konnten wir im Ständerat diverse Massnahmen beschliessen, an denen sich die Wirtschaft, der Gebäudesektor und der Verkehr orientieren können. Auch wenn in der weiteren Detailberatung durchaus noch Korrekturen möglich und nötig sind, ist der Gesetzesentwurf bereits jetzt ziemlich ausgewogen. Gemäss dem liberalen Grundgedanken kann jeder Mensch selbst entscheiden, ob er sich klimafreundlich verhalten will oder nicht. Sowohl bei der Mobilität als auch bei Heizungen gilt: Nichts wird verboten, aber wer sich sparsam und ökologisch verhält, schont den Geldbeutel. Das gilt speziell für die neu eingeführte Flugticketabgabe. Denn ein Grossteil wird wieder an die Bevölkerung zurückverteilt. Aus dem Klimafonds werden Mittel für Massnahmen zur langfristigen Verminderung der CO₂-Emissionen von Gebäuden, im Luftverkehr und für Klimainnovationen in der Schweiz und weltweit verwendet.

Weitere Massnahmen

Die FDP hat neben dem Fokus auf die Beratung des CO₂-Gesetzes zahlreiche Forderungen des Positionspapiers mit über 30 Vorstössen in den politischen Prozess geschickt (siehe die Forderungen der FDP auf unserer Homepage). Die Fraktion fordert den Bundesrat auf, das Potenzial von Fernwärme- und Fernkälteanlagen aus erneuerbaren Energien zur Reduktion von CO₂-Emissionen und zur Sicherung der Energieversorgung aufzuzeigen. Ein weiterer Vorstoss regt die Schaffung von Pilotregionen im Strassenverkehr an, um zukunftsfähige Mobilitätslösungen zu testen. Ebenso soll die Finanzbranche neue Anreize erhalten, um nachhaltige Anlagen zu fördern. Es tut sich also einiges – wir halten, was wir versprechen! Die FDP nimmt ihre Rolle ernst und wird diesen Weg weitergehen. Denn es braucht auch in der Umwelt- und Klimapolitik griffige, freisinnige Lösungen, wenn wir nicht in einer Welt voller Verbote und Bevormundung landen wollen.

Damian Müller, Ständerat LU

«Nichts wird verboten, aber wer sich sparsam und ökologisch verhält, schont den Geldbeutel.»

Ständerat: Auf zum 2. Wahlgang!

Gemeinsam weiterkommen.

Gehen Sie wählen!







Unternehmens-Verantwortungs-Initiative

Bürokratie-Monster und Haftungskatastrophe für KMU!

Die sogenannte Konzern-Initiative ist ein gefährlicher Etikettenschwindel für KMU. Denn die Folgen treffen die KMU mit voller Wucht. Neue Haftungsregeln und unklare, weitgehende Anforderungen an die Sorgfaltsprüfung erzwingen einen bürokratischen Kontrollapparat. Auch können KMU für Vorkommnisse bei Zulieferern im In- und Ausland zur Kasse gebeten werden.

Die KMU sind unverhältnismässig stark von der linken Initiative betroffen:

-  KMU haften nicht nur für ihre eigenen Aktivitäten, sondern auch für Verfehlungen von selbstständigen Zulieferern - sogar ohne eigenes Verschulden.
-  Grossunternehmen werden die neuen Auflagen und ihr grosses Haftungsrisiko vertraglich an ihre Lieferanten weitergeben. Für KMU führt dies zu umfassenden Sorgfalts- und Kontrollpflichten.
-  Die umfangreichen Aufsichtspflichten für Lieferanten, Unterlieferanten und Geschäftspartner im In- und Ausland führen zu einem riesigen Mehraufwand. Das zwingt KMU zu einem teuren Kontrollapparat mit schwerfälligen Compliance-Prozessen.
-  Alle Unternehmen können sich bei einer Klage nur von der Haftung befreien, wenn sie ihre Sorgfalt jederzeit lückenlos nachweisen können. Kein anderes Land kennt solche Bestimmungen zum Nachteil ihrer Unternehmen.

stopp-kontrollwahnsinn.ch

Sind Sie betroffen?

Jetzt mit uns Kontakt aufnehmen:
kmu@stopp-kontrollwahnsinn.ch

Position Bundesrat und Wirtschaft

Die Landesregierung teilt grundsätzlich die Ziele betreffend Umwelt- und Menschenrechte, lehnt die Initiative aber ab. Die weltweit beispiellosen Haftungsnormen gehen zu weit. Sie schaden dem Arbeitsplatz und machen unsere Unternehmen erpressbar.

Auch die Wirtschaftsverbände lehnen die extreme Volksinitiative ab:

- economiesuisse
- scienceindustries
- Schweizerischer Arbeitgeberverband
- Swissmem



Nein zur Kündigungsinitiative

Angriff auf die Bilateralen abwehren

Im Mai stimmt die Schweizer Bevölkerung über die Kündigungsinitiative der SVP ab. Die Absicht der Initianten ist klar: eine politische und wirtschaftliche Abschottung der Schweiz. Diesen erneuten Angriff auf den stark vernetzten Werk- und Forschungsplatz Schweiz müssen wir abwehren!

Die Initiative stellt zwei klare Forderungen: Die Beendigung der Personenfreizügigkeit mit der EU und den Efta-Ländern sowie ein dauerhaftes Verbot für den Abschluss vergleichbarer Freizügigkeitsabkommen. Dies hätte für unseren Wohlstand erhebliche negative Auswirkungen. Denn es geht nicht nur um die Personenfreizügigkeit: Kann der Bundesrat diese nicht innerhalb von 12 Monaten auf dem Verhandlungsweg ausser Kraft setzen,

muss er das Abkommen über die Personenfreizügigkeit mit der EU innerhalb von 30 Tagen künden. Durch die Guillotineklausele fallen sechs Monate später alle sieben Abkommen der Bilateralen I dahin. Eine Lösung mit Brüssel scheint angesichts der europäischen Grosswetterlage und des Brexit-Chaos unrealistisch.

Der Wegfall der gesamten Bilateralen I mit unseren wichtigsten Handelspartnern würde die

Schweiz hart treffen. Im Handel mit der EU verdienen wir mehr als jeden zweiten Franken. Rund eine Million Jobs hängen direkt oder indirekt vom Zugang zum europäischen Binnenmarkt ab. Mit den Bilateralen I würden wir einen bedeutenden Standortvorteil zu Grabe tragen.

Schädlich und nutzlos

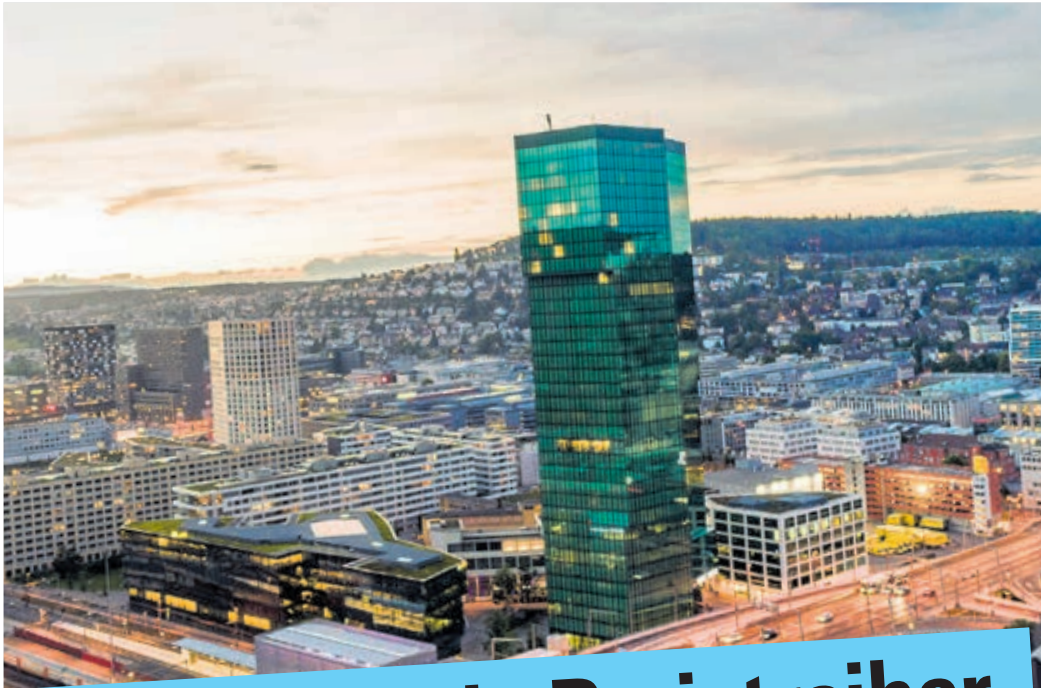
Die Initiative löst auch die eigentlichen Herausforderungen im Bereich Zuwanderung nicht. Diese liegen im Asyl- und teilweise im Drittstaatenbereich, nicht aber bei den in der Regel gut qualifizierten Zuwanderern aus der EU. Die EU-Zuwanderung hat sich jedoch seit 2013 mehr als halbiert und lag 2018 bei 31 000 Personen. Für das Jahr 2019 zeichnet sich eine noch tiefere Zahl ab. Nicht die von der SVP vorgeschlagene staatliche Lenkung hat die Zuwanderung in den letzten Jahren reduziert, sondern die positive wirtschaftliche Entwicklung Europas, insbesondere Deutschlands. Je besser die Schweizer Wirtschaft läuft, umso mehr Fachkräfte zieht sie an. Wenn aber trotz guter Konjunktur weniger Fachkräfte in die Schweiz kommen, heisst das: Der Wettbewerb wird härter. Bürokratische Zulassungsverfahren für Fachkräfte aus Drittstaaten oder restriktive EU-Kontingente, wie von der SVP verlangt, sind dann ein Bremsklotz für die Entwicklung des Wirtschafts- und Forschungsstandortes Schweiz.

Keine Verdrängung

Die SVP versucht, die Initiative zu emotionalisieren und Ängste um Arbeitsplätze in der Bevölkerung zu schüren. Der jährliche Beobachtungsbericht des Staatsekretariats für Wirtschaft stellte bisher jedoch keine Verdrängung von Inländern auf dem Arbeitsmarkt durch Zuwanderer fest. Nach fast zwei Jahrzehnten Personenfreizügigkeit hat die bereits hohe Beschäftigung sowohl für Schweizer wie auch für die Zuwanderer noch weiter zugenommen. Vom Beschäftigungswachstum haben weitgehend alle Kantone und Regionen profitiert.

Der wichtigste Faktor für sichere Arbeitsplätze in unserem Land sind letztlich gute wirtschafts- und handelspolitische Rahmenbedingungen. Deshalb sind die Bilateralen I, die uns den barrierefreien Zugang zum EU-Binnenmarkt garantieren, von enormem Wert. Wir sind auf diesen grossen Markt vor unserer Haustür angewiesen. Fällt dieser Zugang weg, hat dies unweigerlich massiv negative Konsequenzen für die Arbeitsplätze in unserem Land. Kurzum: Die Kündigungsinitiative der SVP löst keine Probleme, schafft aber schwerwiegende neue! Getrauen wir uns deshalb, dieser gefährlichen Initiative mutig entgegenzutreten, die Fakten sind auf unserer Seite.

Christa Markwalder
Nationalrätin BE



Der Staat als Preistreiber bei Wohnungen?

Volksinitiative «Mehr bezahlbare Wohnungen»

Die eidgenössische Volksinitiative «Mehr bezahlbare Wohnungen» will Mietwohnungen staatlich fördern und damit die Marktpreise erhöhen: 10 Prozent der Neubauten sollen gemeinnützig sein. Dafür will sie unter anderem eine landesweite Mindestquote an gemeinnützigen Wohnungen in die Bundesverfassung setzen. Die geforderten Markteingriffe sind jedoch weder nötig noch realistisch.

Der Marktanteil gemeinnütziger Wohnbauträger bei neugebauten Wohnungen beträgt heute schweizweit knapp 5 Prozent. Die Initianten wollen Bund und Kantone verpflichten, diesen Anteil auf mindestens 10 Prozent zu erhöhen. Die Initiative ist mit den Grundsätzen einer marktwirtschaftlichen Wohnungsversorgung nicht vereinbar, denn sie führt letztlich dazu, dass Wohnungen knapper werden und die Preise für Wohnungen steigen.

Um die verlangte Quote zu erreichen, müsste die staatliche Förderung stark ausgebaut werden. Das heisst, der Staat müsste selbst anfangen, entweder Wohnungen zu bauen oder zu kaufen. Damit wird der private Markt knapper, und die Preise steigen. Eigentlich wollen die Initianten ja erschwinglichen Wohnraum erzielen – aber der Effekt dieser gut ge-

meinten und falsch gemachten Lösung ist das Gegenteil: Für alle privaten Wohnungen verknappt sich der Markt, und dies öffnet die Türe für Spekulationen und Preistreiberei.

Staatlicher Wohnungsbau verknappt den Markt

Mit der 10-Prozent-Quote staatlichen Wohnens müssten bei gleichbleibender privater Bautätigkeit in der ganzen Schweiz jährlich mehr als doppelt so viele gemeinnützige Wohnungen erstellt werden.

«Ziel ist erschwinglicher Wohnraum – die Initiative erreicht das Gegenteil.»

Die Quote in der Verfassung zwänge den Bund, in den Bau von gemeinnützigen Wohnungen zu investieren, obwohl gar kein Bedarf besteht: In der Schweiz sind die Leerstände so hoch wie seit zwanzig Jahren nicht mehr. 75 323 Wohnungen standen am 1. Juni 2019 leer. In manchen Regionen erhält man sogar mietfreies Wohnen für mehrere Monate.

Bundesamt für Wohnungsbau konkurriert mit Kantonen

Zwar ist die Nachfrage nach Wohnungen in den grossen Städten Zürich, Basel, Genf, Lausanne und Bern nach wie vor sehr hoch. Allerdings betreiben gerade diese Städte heute ihre eigene Politik zur Förderung des gemeinnützigen Wohnungsbaus. Eine Lösung aus Bern würde diese eigenständigen und föderalen Lösungen konkurrenzieren. Überdies ist es offensichtlich, dass die kantonalen Behörden die Verhältnisse vor Ort viel besser kennen, als die Bundesstellen.

Private Bauherrn müssen zurückstehen

Um das private Bauen so zu steuern, dass der Bund genügend Bauen kann, müsste der Bund über enorme staatliche Eingriffe am Markt intervenieren. Der Bund könnte zum Beispiel über Kontingente festlegen, welche Bauträger jährlich wie viele Wohnungen bauen dürfen. Oder er könnte durch Baubeschränkungen privaten Wohnungsbau gezielt verhindern und die Quote staatlicher Wohnungen so ohne jegliche Bautätigkeit steigern. Allein diese Gedankenspiele zeigen, wie unpassend eine solche Initiative wäre.

Grundlagenirrtum: Staatliche Wohnungen sind nicht billig

Die Initianten sitzen einem Grundlagenirrtum auf: Sie gehen davon aus, dass preisgünstige Wohnungen ausschliesslich durch gemeinnützige Wohnbauträger erstellt werden. Dabei verkennen sie, dass auch private Investoren günstige Wohnungen bauen können – und dabei noch innovativ sind. Heute ist doch klar: Den Wohnungssuchenden ist mit einem gesunden Markt und einem guten Angebot am besten gedient. Wird Bautätigkeit gefördert und Vermieten attraktiv, wird automatisch in diesen Markt investiert. Subventionen, Regulierungen und Beschränkungen setzen aber genau die falschen Anreize und verteuern es, Wohnungen zu bauen.

Daniela Schneeberger
Nationalrätin BL

Die Neugewählten stellen sich vor

Damien Cottier

«Emploi, Europe, Environnement»

Nach den eidgenössischen Wahlen dürfen wir einige neue Gesichter im Nationalrat begrüßen. Die Neugewählten stellen sich Ihnen gleich selber vor. Den Anfang macht Damien Cottier (44) aus dem Kanton Neuenburg.

Die Bürgerinnen und Bürger von Neuenburg haben mich am 20. Oktober in den Nationalrat gewählt, was mich sehr ehrt. Gerne werde ich mich von ganzem Herzen für die Verteidigung liberaler Werte im Parlament einsetzen. Ich darf zu einer Fraktion stossen, die ich ziemlich gut kenne: Nach 15 Jahren Tätigkeit auf kantonaler Ebene (insbesondere als Grossrat und Fraktionschef) hatte ich in den letzten zehn Jahren regelmässig mit der FDP-Fraktion zu tun, zuerst als Kommunikations-Chef der FDP Schweiz, danach acht Jahre als persönlicher Mitarbeiter von alt Bundesrat Didier Burkhalter.

Meine politischen Prioritäten liegen auf den drei Themen Arbeitsplätze, Europa und Umwelt. Sie sind für eine wohlhabende und nachhaltige Schweiz unerlässlich und lassen sich Französisch mit «3 E» zusammenfassen:

1) Emploi: Wir müssen die Beschäftigung fördern sowie die Wettbewerbsfähigkeit und die For-

schungs- und Innovationskapazitäten unseres Landes sichern und Teil der digitalen Revolution sein. Unsere Unternehmen arbeiten daran, der Bund muss es besser machen! Die Schweiz setzt hier auf die liberale Vision der FDP.

2) Europe: Wir müssen unsere Beziehungen zu Europa sichern. Der Zugang zum europäischen Binnenmarkt ist von entscheidender Bedeutung. Wir müssen die Kündigungsinitiative bekämpfen, das Rahmenabkommen unterstützen und so den bilateralen Weg, den Königsweg der Schweiz, sichern. Die Schweiz setzt hier auf den Mut und den Pragmatismus der FDP.

3) Environnement: Wir müssen mehr für die Umwelt tun. Unsere Partei muss und will ihr Engagement verstärken: mit liberalen Rezepten, durch Innovation, aber ohne Angst vor stärkeren Massnahmen, wenn nötig. Wir wollen den Klimawandel begrenzen und gleichzeitig Arbeitsplätze schaffen



Damien Cottier

– eine «Green Economy» statt Wachstumskritik. Die Schweiz setzt hier auf die Weitsicht der FDP.

Indem wir an diesen Fronten kämpfen, werden wir gemeinsam weiterkommen. Für eine prosperierende, offene und nachhaltige Schweiz. Eine liberale Schweiz.

Damien Cottier,
gewählter Nationalrat NE

Jacqueline de Quattro

Rahmenbedingungen für Nachhaltigkeit und Wettbewerbsfähigkeit

Jacqueline de Quattro bringt einen grossen politischen Rucksack mit. Sie steht dem Departement für Bau und Umwelt des Kantons Waadt vor.

Ich bin ein echter Schweizer «Tuttifrutti». Ich bin am Ufer der Limmat in Zürich geboren, wo ich bis zum Alter von 11 Jahren lebte. Meine Eltern liessen sich dann im Kanton Waadt nieder, wo ich die Schule besuchte und studierte. Jedes Jahr verbringe ich meine Ferien mit meiner Familie in Graubünden und spreche Italienisch. Als ausgebildete Rechtsanwältin habe ich den Weg des Rechts um der Gerechtigkeit willen gewählt. Ich mag es auch, ein Schauspieler, ein Entscheidungsträger zu sein. Ich wollte schon immer Dinge verändern, mich an der Gestaltung eines Gesellschaftsprojektes beteiligen, das auf liberal-freisinnigen Werten basiert. Das sind die Gründe, warum ich der FDP beigetreten bin.

Nachdem ich in den Legislativen und Exekutiven meiner Gemeinde und im Grossen Rat meine Spuren abverdiente, wurde ich 2007 in den Staatsrat des Kantons Waadt berufen. Ich war für die Bereiche Sicherheit, Umwelt, Energie, Gleichstellung und Raumplanung verantwortlich. In diesen ver-

gangenen dreizehn Jahren habe ich gesellschaftspolitische Themen wie die Stärkung der Sicherheit, den Ausbau erneuerbarer Energien, Umweltschutz, die Umsetzung der neuen Rumplanungsgesetzgebung, die Bekämpfung von häuslicher Gewalt und Gleichberechtigung umgesetzt.

Das Land voranbringen

In Bern werde ich an der Findung der notwendigen Kompromisse mitarbeiten, um unser Land voranzubringen, insbesondere in den Bereichen Umwelt, Energie und Sicherheit. Ich bin gegen eine Bestrafungs-Ökopolitik, die unsere Unternehmen und den Mittelstand benachteiligen würde. Wir müssen jedoch neue Rahmenbedingungen für die Wirtschaft von morgen schaffen, die Nachhaltigkeit und Wettbewerbsfähigkeit fördern.

Jacqueline de Quattro,
gewählte Nationalrätin VD



Jacqueline de Quattro

Simone de Montmollin

Für eine starke Zusammenarbeit

Simone de Montmollin aus Genf kämpft für Gemeinwohl und Zusammenarbeit. Sie möchte sich für das Interesse des Landes einsetzen und dabei die regionalen Besonderheiten berücksichtigen.

Als Önologie-Ingenieurin arbeitete ich zunächst in Lehre und Forschung, bevor ich als Selbstständige bei technischen und wirtschaftlichen Fachverbänden tätig war. Ich lebe auf dem Land in Genf, mit meinem Mann und unseren beiden Töchtern. Als Präsidentin der Verband Schweizer Önologen bin ich Mitglied in den Ausschüssen verschiedener Berufsverbände.

Ich bin seit 2008 in der Politik voll engagiert (gewählt als Abgeordnete im Verfassungsrat, dann als Grossrätin 2013, wiedergewählt 2018). Meine Hauptmotivation ist das Engagement für das Gemeinwohl, das untrennbar mit unseren Bürgerpflichten verbunden ist.

Meine politischen Interessengebiete erweitern meine beruflichen Engagements: Wirtschaft, Umwelt, Raumordnung, Landwirtschaft, Energie, Ausbildung, Forschung und unsere multilateralen Beziehungen. In diesem Zusammenhang begrüsse ich

die Position der FDP zum Thema Umwelt, die am 22. Juni 2019 klar bestätigt wurde.

Nach zehn Jahren in der kantonalen Politik freue ich mich, mich im Nationalrat engagieren zu dürfen. Die Rahmenbedingungen für eine prosperierende und diversifizierte Wirtschaft bleiben eine Priorität. Die umweltpolitischen Fragen betreffen uns sowohl in wirtschaftlicher als auch privater Hinsicht und schliessen Themen wie lokale Lebensmittel oder die Erhaltung des Naturerbes ein. Nur koordiniertes Vorgehen, auf nationaler wie globaler Ebene, wird wirksam sein. Ich stehe ein für Kohärenz. Dazu gehören multilaterale Abkommen, die unseren Exportunternehmen Rechtssicherheit bieten, ebenso wie die Entwicklung einer nachhaltigen einheimischen Wirtschaft.

Simone de Montmollin,
gewählte Nationalrätin GE



Simone de Montmollin

Alex Farinelli

Sozialwerke, Umwelt, Aussenbeziehungen

Auch Alex Farinelli aus dem Tessin liegt der Föderalismus am Herzen. Zudem sieht er drei grosse Herausforderungen für unser Land, die er gerne anpacken würde.

«Im Interesse der Schweiz handeln und gleichzeitig die Besonderheiten aller Kantone berücksichtigen»: So könnte ich meine politischen Prioritäten zusammenfassen. Wenn man die verschiedenen Regionen unseres Landes in Bundesbern stärker berücksichtigen möchte, stellt man sich nicht gegen die Interessen des Landes. Vielmehr zählt es, dass man bereit ist, über die lokalen und nationalen Interessen nachzudenken und sie sorgfältig abzuwägen, wenn sie manchmal voneinander abweichen.

Drei grosse Themen

Nach meiner Meinung werden in den kommenden vier Jahren drei Themenbereiche in Bern eine zentrale Rolle spielen: Der erste ist die Alterung der Bevölkerung, die uns zu einem Umdenken beim Rentensystem zwingt, sowie die Herausforderung, dem Anstieg der Gesundheitskosten zu begegnen. Der zweite Bereich ist die Umweltpolitik, die eng

mit der Energiestrategie und der Verkehrspolitik verknüpft ist – für das Tessin bedeutet dies die Vollenkung von AlpTransit mit der Verlagerung des Warentransits von der Strasse auf die Schiene. Und drittens sehe ich die Beziehungen zum Ausland und insbesondere zu Europa, das in jeder Hinsicht (Wirtschaft, Sicherheit, Forschung usw.) unser wichtigster Partner ist.

Von Bedeutung sind natürlich noch viele weitere Themen wie Bildung, Digitalisierung oder Armee – auch hier gibt es Herausforderungen anzupacken. Aber die drei erstgenannten Themenbereiche dürften am meisten in unseren Alltag einfließen, und ich werde sehr gerne, zusammen mit meinen freisinnigen Kolleginnen und Kollegen, an diesen grossen Herausforderungen für die Schweiz arbeiten.

Alex Farinelli,
gewählter Nationalrat TI



Alex Farinelli

Die Neugewählten stellen sich vor

Anna Giacometti

Ein langer Arbeitsweg

Anna Giacometti ist Gemeindepräsidentin von Bregaglia, wo 2017 der Bergsturz vom Piz Cengalo niederging und das ganze Land bewegte. Für Graubünden holt sie nach 8 Jahren den Nationalratssitz der FDP zurück.

Ich bin 1961 geboren und in Castasegna GR – an der Grenze zu Italien – aufgewachsen. Mit sechzehn Jahren habe ich das Bergell verlassen, um am Lyceum Alpinum Zuoz die Handelsschule zu absolvieren; es folgte ein Jahr in England, dann arbeitete ich in Chur. Nach einer Ausbildung beim Departement für auswärtige Angelegenheiten in Bern war ich im konsularischen Dienst auf der Schweizer Botschaft in Lissabon und im Generalkonsulat in Mailand tätig. 1987 bin ich ins Bergell zurückgekehrt; ich habe zwölf Jahre lang einen kleinen Landwirtschaftsbetrieb geführt und war Präsidentin der Vormundschaftsbehörde Oberengadin/Bergell.

Erfahrung mit schwierigen Situationen

Seit vielen Jahren bin auf kommunaler und regionaler Ebene politisch tätig. Als Präsidentin des Regionalverbandes Bregaglia durfte ich das Fusionsprojekt der Bergeller Gemeinden koordinieren und als

Gemeindepräsidentin die Entwicklung der Gemeinde Bregaglia mitgestalten. Nach dem Bergsturz am Piz Cengalo konnte ich zeigen, dass es für die Bewältigung einer Naturkatastrophe und bei schwierigen Situationen nicht auf Frau oder Mann ankommt.

Ich habe dieses Jahr für den Nationalrat kandidiert, weil ich dazu beitragen wollte, dass die FDP Graubünden ihren Sitz im Nationalrat zurückeroberet. Meine Wahl war für mich eine grosse Überraschung. Ich freue mich sehr, die Interessen der Bündner Bevölkerung im Nationalrat vertreten zu dürfen. Vermutlich bin ich die Parlamentarierin mit dem längsten Arbeitsweg.

Ich lebe mit meinem Lebenspartner in Stampa GR und habe zwei erwachsene Söhne und ein Enkelkind.

Anna Giacometti,
gewählte Nationalrätin GR



Anna Giacometti

Andri Silberschmidt

Vom Jungfreisinn in den Nationalrat

Andri Silberschmidt ist jung, ambitioniert und seit 2016 Präsident der Jungfreisinnigen Schweiz. Nun ist er mit 25 Jahren der jüngste Nationalrat.

Manches konnte man in den letzten Wochen und Tagen über mich lesen: dass ich jetzt 10 Jahre bei der Zürcher Kantonalbank war, vor drei Jahren mit Freunden als Start-up eine Gastronomieketten namens kaisin. gegründet habe, acht Jahre in unterschiedlichen Funktionen beim Jungfreisinn mich engagierte und seit Frühjahr 2018 im Zürcher Gemeinderat mitwirken darf. Hinzufügen kann ich, dass ich nach meiner Banklehre an der Zürcher Hochschule für angewandte Wissenschaften (ZHAW) einen Bachelor in Betriebsökonomie abgeschlossen habe. Vor wenigen Monaten konnte ich an der Cass Business School in London den Master in Global Finance erfolgreich zu Ende bringen. Von morgens sechs bis sieben findet man mich meistens im Fitness und auch sonst steht Sport häufig auf dem Programm. Und im Übrigen mache ich halt in meiner Freizeit das, was 25-Jährige so machen.

Zum Politischen: Für mich war schon als Jugendlicher keine Frage, dass ich mich im Freisinn

engagieren möchte. Ich habe eine grundliberale Einstellung, sehe aber die Notwendigkeit, dass der Staat seine Kernaufgaben, ausgestattet mit den notwendigen Mitteln, wahrnehmen muss. Persönlich ist mir auch der soziale Ausgleich wichtig. Jene, die leistungsfähig sind, dürfen nicht durch unnötige Regulierung gebremst werden. Aber jene, die mit Schwierigkeiten zu kämpfen haben, müssen wir gezielt und nach dem Motto «Hilfe zur Selbsthilfe» unterstützen. Zudem möchte ich, dass die Schweiz die Chancen der Digitalisierung nutzen kann.

Ich weiss, welch unglaubliches Privileg ich habe, nun in Bern mitwirken zu können. Das wird mich fordern, aber ich verspreche, dass ich mich mit all meinen Möglichkeiten einsetzen will. Für unseren Kanton, für die Schweiz und natürlich ganz besonders für die FDP.

Andri Silberschmidt,
gewählter Nationalrat ZH



Andri Silberschmidt

Susanne Vincenz-Stauffacher

Vereinbarkeit in der Praxis

Susanne Vincenz-Stauffacher zieht für den Kanton St. Gallen in den Nationalrat. Die Herausforderungen von Beruf, Familie und politischem Engagement kennt sie aus der alltäglichen Praxis.

Aufgewachsen in einer politisch interessierten Familie, waren lebhaft Diskussionen an der Tagesordnung. Die Akzeptanz unterschiedlicher Auffassungen und die Lust, die eigene Meinung zu vertreten, konnten dabei nachhaltig Wurzeln schlagen.

25-jährig wagte ich den «Sprung ins kalte Wasser» und gründete zusammen mit einer Studienkollegin eine eigene Anwaltskanzlei. Meine beruflichen Schwerpunkte, Familien-, Bildungs- und Wirtschaftsrecht, habe ich stets kombiniert mit sozialen Engagements, beispielsweise als Präsidentin der kantonalen Frauenzentrale sowie als Ombudsfrau Alter und Behinderung und als Präsidentin der Opferhilfe, beides für die Kantone St. Gallen und beider Appenzell. Hinzu kam der Einsitz im Kantonsrat. Als Mutter von zwei Töchtern habe ich dabei die Herausforderungen hinsichtlich Vereinbarkeit von Familie, Beruf und Politik ganz praktisch erlebt.

Der Nationalratswahlkampf erforderte weit über hundert Auftritte in allen Regionen unseres Ringkantons St. Gallen. Das war ausgesprochen spannend. Die dadurch erreichte Bekanntheit hat sicher zum guten Wahlergebnis beigetragen. Mein persönlicher Gewinn geht aber viel weiter. Die zahllosen Gespräche mit unterschiedlichsten Menschen haben mich in meiner Überzeugung bestärkt, dass es sich lohnt, für die Öffentlichkeit tätig zu sein.

Ich bin sehr motiviert, im Nationalrat meine politischen Schwerpunkte umzusetzen: gute Bildung für alle; langfristige Sicherung der Altersvor-



Susanne Vincenz-Stauffacher

sorge; solide Rahmenbedingungen für die Wirtschaft; Förderung Vereinbarkeit Familie, Beruf und Politik; Eigenverantwortung für eine nachhaltige Klimapolitik. Ich freue mich darauf!

Susanne Vincenz-Stauffacher,
gewählte Nationalrätin SG

AGENDA

11. Januar

Delegiertenversammlung im Kanton Schwyz

9. Februar

Eidgenössische Volksabstimmung

4. April

Delegiertenversammlung in Biel

27. Juni

Delegiertenversammlung

31. Oktober

Delegiertenversammlung

Abonnieren Sie den Meinungsmacher

Mit unserem elektronischen FDP-Newsletter «Meinungsmacher» bleiben Sie auf dem Laufenden!

Abonnieren unter:
<https://www.fdp.ch/newsletter>
oder mit dem QR-Code.



So nutzen Sie Augmented Reality im «Freisinn»!



Unsere Bilder sind jetzt mehr als Bilder – lassen Sie sie lebendig werden!



- 1** Laden Sie die Gratis-App «Xtend» für iOS + Android herunter.
- 2** Öffnen Sie im Hauptmenü die Funktion «AR SCAN».
- 3** Halten Sie die Kamera auf das mit **X** markierte Bild.

Herausgeberin/Redaktion/Inserate:

FDP.Die Liberalen | Postfach | 3001 Bern

T: 031 320 35 35 | F: 031 320 35 00

E: info@fdp.ch | www.fdp.ch

Layout und Druck:

NZZ Media Services AG | T: 071 272 72 06

Wir gratulieren allen bisher gewählten Kandidatinnen und Kandidaten und wünschen viel Erfolg!

Gemeinsam weiterkommen.



Thierry Burkart



Matthias Jauslin



Susanne Vincenz-Stauffacher



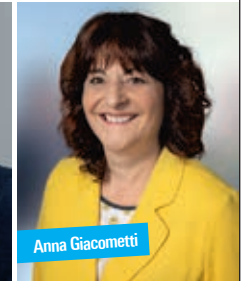
Andri Silberschmidt



Andri Silberschmidt



Alex Farinelli



Anna Giacometti



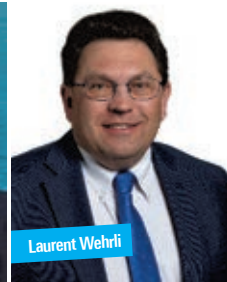
Frédéric Borloz



Olivier Feller



Kurt Fluri



Laurent Wehrli



Christian Lüscher



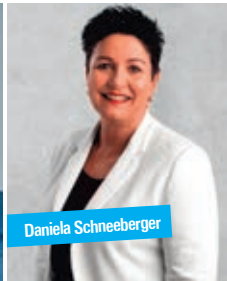
Simone de Montmolin



Josef Ditti



Hans Wicki



Daniela Schneeberger



Marcel Dobler



Isabelle Moret



Philippe Bauer



Damien Cottier



Jacques Bourgeois



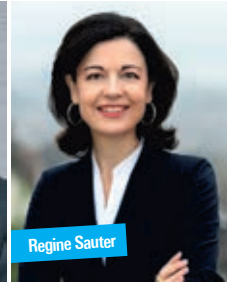
Philippe Nantermod



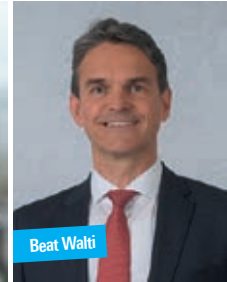
Rocco Cattaneo



Hans-Peter Portmann



Regine Sauter



Beat Walti



Damian Müller



Jacqueline de Quattro



Christa Markwalder



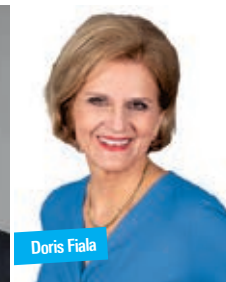
Christian Wasserfallen



Petra Gössi



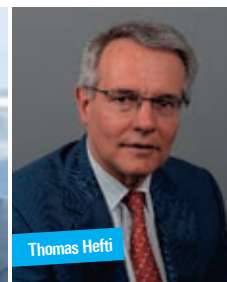
Martin Schmid



Doris Fiala



Andrea Caroni



Thomas Hefti



Albert Vitali